

Sammlung! Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verfertigung der Zeitung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentl. M 66 500 000 bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. M 65 000 000; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen: Die sechsmal gepaltene Beitzelle (Mose's Zeilen-
messer 14) M 80.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 60.—.
Amtliche Zeile M 240.— und M 180.—; Reklame M 170.— bei sofortiger
Zahlung. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser
Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt
der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. —
Beilagegebühr M 3000.— pro Tausend. — Schließzahl zurzeit 600 000.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Haarblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina
Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 124.

Donnerstag, den 18. Oktober 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Zum Friedensrichter für Großnaundorf auf die Zeit bis zum 30. September 1928
ist heute der Wirtschaftsbefugte **Gustav Schöne** in Großnaundorf verpflichtet worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 12. Oktober 1923.

Bekanntmachung

über eine Abschlagszahlung an Grundsteuer.

Zufolge Notverordnung vom 5. Oktober 1923 (SBl. S 457) ist auf die für das
Rechnungsjahr 1923 noch geschuldete Staatsgrundsteuer eine sofortige Abschlagszahlung
zu entrichten.

Ueber die Abschlagszahlungen gehen den Steuerpflichtigen schriftliche Zahlungs-
aufforderungen nicht zu; die Höhe der Abschlagszahlung muß sich jeder Steuerpflichtige in
nachstehender Weise selbst berechnen.

I.

Die Abschlagszahlung beträgt, soweit es sich nicht um ein nach dem 31. Dezem-
ber 1921 gegen Entgelt erworbenes Grundstück (s. unter II) handelt, ein Vielfaches des
unter A des Grundsteuerbescheides für das Rechnungsjahr 1922 (bez 1923) festgestellten
Steuerwertes des Steuergegenstandes (Grundstück, Erbbaurecht, Gebäude auf fremden Grund
und Boden), und zwar:

- bei roggengrundsteuerpflichtigen (d. h. landwirtschaftlichen, forstwirtschaft-
lichen oder gärtnerischen) Grundstücken das 350 fache des Steuerwertes,
- bei den übrigen Grundstücksarten (z. B. Wohnungsgrundstücke, bebauete
und unbebaute gewerbliche Grundstücke, Baupläze) das 225 fache des
Steuerwertes,
- sowie hierüber $\frac{1}{4}$ der nach a) oder b) errechneten Beiträge als Gemeinde-
zuschlag.

II.

Ist das Grundsteuerpflichtige Grundstück (Erbbaurecht, Gebäude auf fremden
Grund und Boden) erst nach dem 31. Dezember 1921 gegen Entgelt erworben worden, so
bestimmt sich die vom Erwerber zu leistende Abschlagszahlung nach dem Erwerbspreis, und
zwar beträgt sie

- bei roggengrundsteuerpflichtigen (d. h. landwirtschaftlichen, forstwirtschaft-
lichen oder gärtnerischen) Grundstücken die aus nachstehender Tabelle er-
rücklichen, nach den einzelnen Erwerbsmonaten abgestuften Prozente des
Erwerbspreises:

Erwerbmonat (d. i. d. Kalendermonat, i. d. d. maßgebende Veräußerungsvertrag abgeschlossen ist.)	Prozent- satz	Erwerbsmonat (d. i. d. Kalendermonat, i. d. d. maßgebende Veräußerungsvertrag abgeschlossen ist.)	Prozent- satz
1922.		1923.	
Januar	18 420	Januar	460
Februar	16 170	Februar	250
März	14 380	März	150
April	11 260	April 1 bis 15.	120
Mai	9 250	16. " 30.	80
Juni	8 410	Mai	68
Juli	8 140	Juni	60
August	6 880	Juli 1. bis 15.	34
September	4 080	16. " 31.	17
Oktober	2 800	August	5
November	1 440	September	0,75
Dezember	680		

Beispiel: Jemand, der im Juni 1922 ein Grundstück für 1 000 000 M gekauft
hat, hat jetzt 8410 v. H. von 1 000 000 M, d. h. 84 100 000 Abschlagszahlung zu leisten.

b) Bei den übrigen Grundstücksarten (z. B. Wohnungsgrundstücke, bebauete und
unbebauete gewerbliche Grundstücke, Baupläze) beträgt die Abschlagszahlung
die aus nachstehender Tabelle rücklichen, nach den einzelnen Erwerbs-
monaten abgestuften Prozente des Erwerbspreises:

Erwerbsmonat (d. i. d. Kalendermonat, in dem der maßgebende Veräußerungs- vertrag abgeschlossen ist.)	Prozent- satz	Erwerbsmonat (d. i. d. Kalendermonat, in dem der maßgebende Veräußerungs- vertrag abgeschlossen ist.)	Prozent- satz
1922.			
Januar bis mit Oktober	22 500	1. bis 15. April	3 003
November	19 287	16. " 30. "	2 002
Dezember	12 945	Mai	1 605
		Juni	889
1923.		1. bis 15. Juli	190
Januar	7 572	16. " 31. "	95
Februar	3 387	August	6,5
März	3 102	September	0,75

Beispiel: Jemand, der im Februar 1923 ein nicht roggengrundsteuerpflichtiges
Grundstück für 10 000 000 M gekauft hat, hat jetzt 3387 v. H. des Erwerbspreises, d. h.
10 000 000 \times 3387 : 100 = 338 700 000 M Abschlagszahlung zu leisten.

Die Abschlagszahlung, die auf volle tausend Mark nach unten abzurunden ist,
ist bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung bis spätestens zum

27. Oktober 1923

an die im Grundsteuerbescheide bezeichnete Habestelle pünktlich abzuführen.

Wird die Abschlagszahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist für jeden der Fällig-
keit der Abschlagszahlung folgenden angefangenen Kalendermonat ein Zuschlag von 50
v. H. der rückständigen Abschlagszahlung zu zahlen.

Pulsnitz, am 16. Oktober 1923.

Der Stadtrat

als Grundsteuerbehörde.

Personenstandsaufnahme

für die Einkommensteuer-Veranlagung 1923.

Jedem Grundstücksbesitzer und jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung wer-
den in diesen Tagen Personenstandsaufnahmeprotokolle bzw. Wohnungslisten zugehen.

Die Wohnungsinhaber und Haushaltungsvorstände haben die ihnen übermittelten
Wohnungslistenprotokolle nach Maßgabe der auf dem Vorderdrucke ersichtlichen Anleitung
sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und bis spätestens 20. Oktober 1923 dem Bestzer
des Grundstücks oder dessen Vertreter zu übersenden.

Die Grundstücksbesitzer oder deren Vertreter haben die ihnen übermittelten Per-
sonenstandsaufnahmeprotokolle auszufüllen, mit ihrer Unterschrift zu versehen und nebst dem
dagegehörigen von ihnen vorher auf die Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu prüfenden
Wohnungslisten spätestens bis zum

25. Oktober 1923

im hiesigen Polizeiamt abzuliefern.

Die gegebenen Fristen sind unbedingt einzuhalten, andernfalls Bestrafung gemäß
§ 202 der Reichsabgabenordnung zu gewärtigen ist.

Pulsnitz, am 17. Oktober 1923.

Der Stadtrat

Das Wichtigste.

Das neue Arbeitszeitgesetz ist vom Reichskabinett genehmigt
worden und dem Reichstage zugegangen.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages traten vor-
gestern zu einer Besprechung über das Arbeitszeitgesetz zu-
sammen.

Seitens der Reichsregierung und der Stadt Berlin wurden
umfangreiche Maßnahmen zur Vinderung der Not der Er-
werbslosen und der minderbemittelten Bevölkerung getroffen.

Der deutsche Volschaffer in Washington, Dr. Wichfeld, kehrte
an Bord der „Rejohra“ nach den Vereinigten Staaten zu-
rück. — Mit demselben Dampfer ist Hugo Stinnes jun., der
Generaldirektor der Hamburger Reederei der Firma Stinnes
gefahren zu einer Informationsreise nach Amerika abgefahren.

Im sächsischen Landtage kam es zu stürmischen Szenen; Mini-
sterpräsident Dr. Zeigler erhielt einen Ordnungsruf.

Die sächsischen Landtage und kommunalen sächsischen Polizeior-
gane sind dem Militärbeschlusser für Sachsen unterstellt worden.

Auf dem Gebäude der deutschen Volschaft in Konstantinopel
wurde die deutsche Flagge gehißt.

Reichsbanknoten zu 50 Milliarden werden in den nächsten Ta-
gen in den Verkehr gegeben werden.

Die Gebühren des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs werden
am 20. Oktober auf das Fünffache erhöht. Ein Ortsgespräch
kostet dann also 50 Millionen.

Ein neue Braunkohlenfelder wurden in der Mark erschlossen
und als Bergwerksverleihungen ausgesprochen.

An der holländischen Grenze wurde ein Mädchenhändler abge-
faßt, der nach seinem eigenen Geständnis im Laufe dieses
Sommers 50 Mädchen nach Holland verschleppt hat.

Prof. Sauerbruch aus München hat sich mit seinem
Assistenten im Flugzeuge nach Moskau begeben, um den
Wagenkrebs erkrankten Trojky zu behandeln.

Die griechische Revolutionsregierung ist zurückgetreten und durch
ein neutrales Kabinett Polittis ersetzt worden.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Theater im Schützenhaus.)

Am nächsten Sonnabend, den 20. Oktober wird die
hier von früher her gut bekannte Theater-Direktion
Fritz Richard, die wir alle durch die künstlerischen
Vorstellungen schätzen gelernt haben, wieder ein Gast-
spiel geben. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel
„Mag auch die Liebe weinen“. Direktor Richard
bereitet diesen Sommer mit seiner Gesellschaft Schle-
sen, Schleswig-Holstein, Anhalt, und hatte in letzter
Zeit gerade mit diesem Stück in Dessau, Eöthen, Zerbst
usw. große Erfolge und bis auf den letzten Platz ge-
füllte Häuser aufzuweisen. Nächsten Monat will die
Gesellschaft wie im Vorjahre wieder nach Ostpreußen
gehen, wo die Truppe immer mit großer Begeisterung
aufgenommen wurde. Hoffentlich erinnern sich auch
hier unsere Kunstfreunde wieder an Herrn Richard
und bekunden ihr Interesse durch guten Besuch der
Aufführung. (Siehe auch Anzeige.)

Pulsnitz. (Firmen-Jubiläum.) Ein
altes, wohl bekanntes Geschäftshaus, dessen Name und
Ruf allüberall in Stadt und Land den besten Klang
genießt, die Firma C. G. Kuring, feiert am 20. Ok-
tober 1923 sein 100-jähriges Bestehen. Eine Feier
hätte es sein sollen, würdig der alten Firma, doch
die bitter-ersten Zeiten, die immer größer werdende
Not hat die Inhaber der Firma zu der Bitte veran-
laßt, von jeglicher Beschenkung und Ehrung der Ju-
biläum, auch Blumen und andere Geschenke absehen

zu wollen, und dafür sich lieber in die Liste der Not-
gemeinschaft einzutragen, um auf die Weise Hilfe und
Unterstützung den Bedürftigen zu bringen. Möchten
die auf diese Weise gesammelten Mittel unter dem
Namen „Kuring's Jubiläumsgabe“ reichsten Segen
erzielen!

Pulsnitz. (Landwirtschaftliche Schule.)

Da die vorbereitenden Arbeiten noch einige Tage in
Anspruch nehmen, wird die vom Landeskulturrat ge-
nehmigte Fachschule für Knaben und Mädchen vor-
ausichtlich erst am Dienstag, den 23. Oktober eröff-
net werden. Der Kursus ist einjährig und befreit
vom dreijährigen Besuch der Fortbildungsschule. An-
meldungen können bis zur Eröffnung noch bewirkt
werden.

Pulsnitz. (Ertunken.) Heute mittag in
der 1. Stunde wurde ein junger Mann aus dem
Schloßteich gezogen, der jedenfalls seit der vergangenen
Nacht im Wasser gelegen hat. Ob Selbstmord vor-
liegt werden die Untersuchungen und weiteren polizei-
lichen Erörterungen ergeben.

— (Jubiläum.) Es wird unsere Leser
interessieren, zu erfahren, daß unser langjähriger
Weiterberichterstatler, der uns so oft freundliche Stunden
angefügt hat, am 13. Oktober sein 50-jähriges Dienst-
jubiläum gefeiert hat.

— (Richtlinien für die Preisbildung
des Brotes.) Die Landespreisprüfungsstelle ist
damit beschäftigt, für die Ueberwachung der Preis-

bildung des Brotes Rücklinien aufzustellen, die es den Preisprüfungsstellen ermöglichen, festzustellen, ob bei den jeweilig festgesetzten Brotpreisen ein unerschwinglicher Gewinn der beteiligten Kreise vorliegt.

— (Die Höchstpreise für den Kleinverkauf von Milch und Milchzeugnissen) durch die Erzeuger und die Molkereien an die Verbraucher werden künftig, wie der Kommunalverband mitteilt, nicht mehr durch den Kommunalverband und den Stadtrat zu Pilsnitz festgesetzt. Die Höchstpreise für den Kleinhandel mit Milch und Milchzeugnissen durch die Erzeuger ab Gehöft werden von jetzt an unmittelbar durch das Wirtschaftsministerium in der „Sächsischen Staatszeitung“ bekanntgegeben.

— (Rückkehr von Waldbeständen über 10 ha) haben nach § 2 des Forstgesetzes von den Erlösen aus Holzverkäufen 1/2 v. H an das Finanzamt ihres Wohnsitzes abzuführen. Die für einen Monat geschuldete Holzabgabe ist jeweils bis zum 10. des folgenden Monats unter gleichzeitiger Voranmeldung abschlägig zu zahlen. Sind in einem Monate keine Einnahmen erzielt worden, ist dies dem Finanzamt zur Vermeidung von Weiterungen kurz mitzuteilen. Besteht der Abgabepflichtige bis zum Ablauf der Frist die Abschlagszahlung nicht, so setzt das Finanzamt den zu zahlenden Betrag fest. Die nicht pünktliche oder zu geringe Leistung der Abschlagszahlungen hat einen der Geldentwertung angepaßten sehr erheblichen Zuschlag zur Folge. Die Finanzämter sind angewiesen, mit allem Nachdruck gegen säumige Zahler vorzugehen.

— (Die Eisenbahnpreise steigen wieder.) Von heute Donnerstag, den 18. Oktober werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 600 Millionen und im Güterverkehr 1000 Millionen betragen. Die Steigerungen der Schlüsselzahl sind die Folge der Geldentwertung der letzten Woche. Die Herabsetzung der deutschen Kohlenpreise hat bei der Festlegung der Schlüsselzahlen verbilligend eingewirkt. Sie konnten aber nur von geringem Einfluß sein, da die Eisenbahn infolge der nach wie vor unveränderten Abschließung des Ruhrgebietes in überwiegendem Maße auf ausländische Kohle angewiesen ist. — In letzter Zeit ist von amtlicher Stelle erwogen worden, die Gültigkeit der Fahrkarten vor Tarifserhöhungen so einzuschränken, daß die Fahrt am Sonntagstage, jedenfalls am Tage vor Inkrafttreten der erhöhten Preise, angetreten werden muß. Der Anlaß zu dieser Erwägung war der früher beobachtete Andrang zu den Fahrkarten-Ausgabestellen am letzten Tage des alten Tarifes, da dann gleichzeitig für drei bis vier Tage Fahrkarten gekauft werden und nachher für gewisse Zeit fast gar keine Nachfrage mehr ist. Der Reichsverkehrsminister hat aber, wie wir erfahren, in einem Erlass sich dagegen gewendet, daß die Gültigkeit der Fahrkarten vor Tarifserhöhungen eingeschränkt wird. Die Verteuerung des Reisens solle so schonend wie möglich durchgeführt werden, da die durch die Geldentwertung verursachten häufigen Fahrpreissteigerungen überhaupt das Publikum äußerst bedrücken. Außerdem würde der Andrang kurz vor Inkrafttreten der Tarifveränderungen sich kaum wesentlich mindern. Es liege auch im Interesse der Bahnverwaltung, daß der Andrang verteilt werde. Deshalb sei die Einrichtung getroffen, daß drei Tage vor Inkrafttreten der Erhöhung Fahrkarten mit dem Stempel des letzten Tarifstages ausgegeben werden. Es gelten dann weitere drei Tage ohne Nachzahlung. Aus ähnlichen Erwägungen hat jetzt der Reichsverkehrsminister die Frage über die Beibehaltung der Monatskarten entschieden. Es war amtlicherseits angeregt worden, nur noch Wochenkarten auszugeben, da wegen der wachsenden Geldentwertung die Reichsbahn Einnahme-Ausfälle hätte. Der Minister hat sich auch hier aus sozialen Gründen für die Beibehaltung der Monatskarten ausgesprochen.

— (20- und 50-Milliarden-Noten) Zur Zeit befinden sich in der Reichsdruckerei 20- und 50-Milliarden-Noten in Vorbereitung, um den Ansprüchen der Wirtschaft nach Geldzeichen gerecht zu werden. Die Noten werden mit besonderer Sorgfalt hergestellt. Es finden nach einem völlig neuen photomechanischen Verfahren angefertigte Wasserzeichenpapier Verwendung, deren Nachahmung so gut wie ausgeschlossen ist.

— (Der Marktzersall) und sein rasendes Tempo werden am besten durch folgende Darlegungen illustriert: Am 30. August notierte der Dollar in Deutschland 4 Millionen Mark, während in Rußland noch 400 Millionen Rubel, also 30mal soviel bezahlt werden mußten. Am 1. Oktober war das Verhältnis schon wesentlich anders. Damals mußte der Dollar mit 100 Millionen bezahlt werden, während in Rußland 600 Millionen Rubel notiert wurden. Rußland war also nur noch um das 6fache voraus. Am 10. Oktober aber, dem Tage des tiefsten Marktzersalles, war das Verhältnis folgendermaßen: In Rußland wurde der Dollar mit 940 Millionen Rubel bezahlt, während in Deutschland die amtliche Notierung 4 Milliarden erreichte und im Freiverkehr der Kurs auf 7 Milliarden stieg. Wie das Verhältnis zwischen Reichsausgaben und Einnahmen sich jetzt entwickelt hat, mag daraus zu ersehen sein, daß im Jahre 1922 die Reichseinnahmen tatsächlich die Ausgaben überstiegen hatten. Im Januar konnten nur 30 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, jetzt nur knapp 20 Prozent.

— (Die Streichung der Mark im Ausland) ist nun zur Tatsache geworden. Offiziell gestrichen ist die Reichsmark schon längere Zeit an der Börse in Basel. Nun ist auch die Züricher Börse zu einer Streichung übergegangen. Zu zeitweiligen Streichungen der Marknotiz ist man an verschiedenen

anderen ausländischen Börsen, namentlich Holland und in den skandinavischen Ländern geschritten. An der Pariser Börse wird die deutsche Mark nur noch für je hundert Millionen Papiermark als Einheit notiert.

— (Reform der Behördenordnung) Im Anschluß an die kürzlich durchgeführte Reform der Gemeindeverwaltung wird beim Ministerium des Innern eine Reform der Behördenordnung bearbeitet. Gemeinden über 12 000 Einwohner werden als „Amtsgemeinde“ bezeichnet und unterstehen in Zukunft nicht mehr der Amtshauptmannschaft. Bezirksfrei sind ohne weiteres Orte von über 20 000 Einwohnern. Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern können aber auch Gemeinden von 12 000 bis 20 000 Einwohnern bezirksfrei werden, wenn sie die nötige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewährleisten und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bezirkes nicht durch ihr Ausschneiden gefährden. Eine größere Zahl mittlerer Gemeinden wird, wie anzunehmen ist, diese Bezirksfreiheit erstreben.

Dresden. Unterstellung der Polizei unter das Wehrkommando. Das Wehrkommando IV teilt mit: Der erste Kongreß der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen hat trotz des Verbots des militärischen Befehlshabers stattgefunden. Er hat überdies in Dresden und vielen anderen Orten Sachsen ein aufreizendes Flugblatt anheften und verbreiten lassen. Aus ihm, wie auch aus der im Anschluß an die Rede des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig im Zoologischen Garten angenommenen Resolution der R. P. D. geht hervor, daß die Verordnung vom 13. Oktober über Verbot der Hunderlschaften und Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stößt, der unter Umständen nur unter Einfluß von Truppen gebrochen werden kann. Zunächst beabsichtigt der Militärbefehlshaber jedoch in erster Linie die Landespolizei hierzu zu verwenden, um die Zusammenarbeit mit ihr zu gewährleisten, hat der Befehlshaber alle staatlichen und kommunalen Polizeiergane, insbesondere die Landespolizei und die Landgendarmarie, kraft der ihm zum Schutze der Republik vom Herrn Reichspräsidenten übertragenen vollziehenden Gewalt seinem unmittelbaren Befehl unterstellt. Er hat dabei besonders darauf verwiesen, daß gegen sich widerlegende Polizeibeamte die Amtsentziehung verhängt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß alle Polizeiergane wie bisher ihre Obliegenheiten im täglichen Dienst weiter erfüllen. Eine Aenderung hierin, die sich durch Inanspruchnahme zur Lösung besonderer Aufgaben und dergleichen notwendig machen sollte, tritt nur auf besonderen Befehl ein.

Dresden. (Die Folgen einer Schwarzfahrt.) Am 12. Oktober unternahm der Kraftwagenführer W. einer hiesigen Firma, der in Bodenbach bei der Filiale stationiert ist, nach einer Fahrt von Bodenbach nach hier mit mehreren Freunden und Bekannten eine sogenannte Schwarzfahrt. Sie suchten mehrere Schankwirtschaften und zuletzt eine solche in der Trachenberger Straße auf. Gegen 1/3 Uhr nachts fuhr der Kraftwagenführer mit seiner Gesellschaft stadtwärts. Auf der Großenhainer Straße Ecke der Heroldstraße hat der Chauffeur wahrnehmlich beim Durchfahren einer Kurve die Herrschaft über seinen Kraftwagen verloren. Der Wagen ist an einen Lichtmast angefahren und vollständig zertrümmert worden. Von den Insassen ist der Chauffeur und noch zwei Personen, ersterer leicht, die beiden anderen schwer verletzt von der herbeigerufenen Feuerwehr nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht worden. Nach Mitteilungen des Krankenhauses ist einer der Verletzten, der Chauffeur Luebel, Mathildenstraße 23 wohnhaft, inzwischen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Schuld an dem Unfall dürfte dem Chauffeur W. beizumessen sein, der nach Angabe von Zeugen mit einer Geschwindigkeit von 40 Kilometer gefahren sein soll.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 16. Oktober.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Im Landtag fand heute die Aussprache über die Regierungserklärung statt. Die Tribünen waren nicht nur vollbesetzt, sondern überfüllt. Präsident Winter machte wohl angedeutet dieses Zustandes darauf aufmerksam, daß künftig Eintrittskarten nur von den Fraktionen ausgegeben würden und kein Abgeordneter das Recht habe, auf seine Hand Besucher einzulassen. Den ersten Redner stellte die Sozialdemokratie. Abg. Wirth erklärte, wie zu erwarten war, daß seine Partei der Regierung Zeigner volles Vertrauen entgegenbringe. Berechtigt war die Frage eines Zwischenrufes: „Alle Mitglieder?“ Abg. Dr. Kaiser (D.V.) erklärte, für seine Partei liege fest, daß diese Regierung mehr noch als die bisherige unter der Kontrolle der Kommunisten geführt werde, sie habe deshalb das gründliche Mißtrauen seiner Partei. Der Kommunist Lieberausch war während der Rede Dr. Kaisers von seinem Schriftführerpfel herabgestiegen und machte sich den Spaß, die Rede durch fortwährende Zwischenrufe zu stören, wobei er sich nicht schonte, einzelne Abgeordnete mit Du anzureden. Großen Widerspruch der Linken fand auch die Rede des Deutschnationalen Dr. Eberle, der die Regierungsbildung eine innere Unwahrscheinlichkeit nannte und den neuen Männern schärfsten Kampf ansagte. Der kommunistische Abg. Siwert schüttelte das Horn seines Zornes über die Reichswehr, den Reichswehrminister, den General Müller und den Ausnahmezustand aus. Die letzte Verordnung des Generals Müller, nach der die gesamte sächsische Polizei unter sein Kommando gestellt werde, bedeute die Reichsregierung gegen Sachsen, die Ablegung der Regierung. Redner forderte angesichts dessen die proletarischen Organisationen auf, sich auf den Kampf vorzubereiten. Abg. Dr. Seyfert (Dem.) erklärte, daß auch seine Partei der Regierung kein Vertrauen entgegenbringe. Freilich identifiziere sie sich nicht mit der Politik der Deutschnationalen. Ministerpräsident Dr. Zeigner rechtfertigte

den bürgerlichen Rednern gegenüber die Regierungserklärung. Zu unerquicklichen Standesjahren kam es, als der Ministerpräsident scharfe Angriffe gegen die Beamten richtete und behauptete, vieler Haupttätigkeit bestuhe in der Abhebung des Gehaltes. Abgeordneter Dr. Dehne (Dem.) rief: Unerschämtheit! Im ganzen Hause entstand großer Lärm. Der Präsident klopfte unauffällig mit dem Hammer. Hierauf wurde der Minister sogar persönlich und warf dem Abg. Dr. Dehne vor, daß auch er nicht immer, wie es von einem Ministerialdirektor erwartet werden müsse, sich mit seiner Arbeit an die Seite eines Ministers stelle. Der Ministerpräsident erhielt für diesen persönlichen Angriff einen Ordnungsruf. Im ganzen Hause entstand ein ungeheurer Lärm. Dann ging der Minister auf den Ausnahmezustand und die Verhältnisse bei der Reichswehr ein und wandte sich gegen die neueste Verordnung des Wehrkreiskommandos, die schon der Abg. Siwert angefochten hatte. Er meinte, der Staat müsse sich auch gegen das Militär durchsetzen. In einer persönlichen Bemerkung wandte sich schließlich Abg. Dr. Dehne gegen die Angriffe Dr. Zeigners auf die Beamten. Dann wurde die Sitzung unterbrochen. Am Mittwoch mittag 12 Uhr soll die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt werden.

Sitzung vom 17. Oktober.

Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde die gestern abgebrochene Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt. Der erste Redner, der deutschnationale Abgeordnete Berg, der in seiner temperamentvollen Art gegen den Ministerpräsidenten und seine kommunistischen Freunde loszog, fand lebhaften Widerspruch bei den Kommunisten und Sozialdemokraten, die den Redner mit den unflätigsten Zurufen, wie Raufjunge, Strolch usw. bedachten. Abg. Buenger (D.V.) wandte sich vor allem gegen die Angriffe des Ministerpräsidenten auf das Reich und den Reichswehrminister und forderte von Dr. Zeigner die Vorlegung des Vereidigungsprotokolls, damit man erfahre, auf welche Verfassung die neuen Minister eigentlich vereidigt worden seien. Ministerpräsident Dr. Zeigner legte dieses Protokoll vor und verlas ein ihm soeben zugegangenes Schreiben des Wehrkreiskommandeurs, durch welches der Ministerpräsident aufgefordert wird, zu der vom Minister Böttcher am 13. d. M. in Leipzig gehaltenen Rede sofort Stellung zu nehmen und zu erklären, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen des Ministers einverstanden erkläre. Dr. Zeigner sagte, die Regierung sei nicht dem Wehrkreiskommando, sondern nur dem Parlament verantwortlich. Der kommunistische Abgeordnete Lieberausch wertete vor fast leerem Hause gegen das Schreiben der Wehrkreiskommandos, forderte Schließung der Parlamente, die „Quasijelbden“ und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) protestierte gegen die Behandlung seines Parteifreundes Dr. Dehne (Dem.) durch den Ministerpräsidenten und gab die Stellungnahme seiner Partei zur wirtschaftlichen und politischen Lage kund. Der kommunistische Minister Hedert konnte es sich nicht versagen, eine Fensterrrede zu halten. Er bekannte offen, er habe zwar auf die Verfassung auf Weimar geschworen, aber diese Verfassung existiere nicht mehr. Der sozialdemokratische Abg. Arz stützte die bürgerlichen Redner von ihrer schlechten Kinderstube zu überzeugen, ermitte aber mit seinen Versuchen nur Scheiterteil. Er wandte sich dann gegen die Militärdiktatur und gegen Stimmes. Seine Ausführungen waren nichts anderes als ein Auszug aus kommunistischen Zeitungen. Schließlich verlas Ministerpräsident Dr. Zeigner noch eine längere Erklärung der Regierung, in der er wieder auf das Schreiben des Generals Müller zurückkam und erklärte: Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig. Noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber diesen unzweifelhaft rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller lehnen wir es ab, ihm überhaupt Antwort zu geben. Die Linke tobte Beifall. Ein Antrag auf Schluß der Aussprache fand hierauf gegen die bürgerliche Rechte Annahme. Zu dem deutschnationalen Mißtrauensantrage erhielt das Schlusswort Abg. Deuker. Nach einigen persönlichen Bemerkungen und tatsächlichen Berichtigungen wurde der Mißtrauensantrag mit 48 Stimmen der beiden Linksparteien gegen 45 Stimmen der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen abgelehnt. Gegen den Mißtrauensantrag stimmten auch die Minister Fleißner, Zeigner, Boettcher und Liebmam. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Oktober. (Die Berliner Presse zu Rentenbank.) Die Berliner Presse ist in ihren Kommentaren über die Errichtung der Rentenbank darin einig, daß es für die Errichtung der Währungsreform davon abhängt, ob es gelingt, die Voraussetzungen zu schaffen, auf der allein eine Gesundung des Geldwesens möglich ist und dem Reiche auf legalem Wege soviel Einnahmen zu schaffen, daß es seine laufenden Ausgaben decken kann. Wenn man in den nächsten Wochen davon hören wird, so meint die „Vossische Zeitung“, daß die Steuerreform fortgeschritten, und daß ebenso energig an dem Abbau der Ausgaben gearbeitet wird, dann wird auch die Rentenbank allen theoretischen Einwendungen zum Troste ihren Wert behaupten. Der „Tag“ ermahnt die beteiligten Wirtschaftskreise durch eindeutige Erklärungen über die Erwerbs- und Verwertungsmöglichkeit der Rentenbank und durch eine rigorose klare Finanzpolitik das Vertrauen zur Währungsreform bis zum Erscheinen der Rentenbank zu schaffen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wünscht einen weiteren Ausbau bei der Errichtung eines gründlichen Abbaues der Papiermark. Die „Berliner Börsenzeitung“ schließt ihren Aufsatz mit dem Satze: Daß die Verordnung eine weitere systematische Aufbaumöglichkeit zur Schaffung einer ertagsmäßigen Zwischenlösung in der Währungsfrage enthält, kann nicht bestritten werden. Es kommt jetzt alles auf die Ausführung an.

Berlin, 17. Okt. (Der ehemalige preussische Finanzminister Dr. Leuze) ist zum Präsidenten der deutschen Rentenbank vorgeschlagen worden.

Berlin, 17. Okt. (Eine Entschließung der freien Gewerkschaften.) Die freien Gewerkschaften haben eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir fordern die schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk. Die Werbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, die Notenpresse stillzulegen. Es genügt nicht, bestehende Steuern werbeständig einzuziehen, vielmehr müssen weitere starke Abgaben vom Besitze erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, zu diesem Zwecke eine Erfassung der Sachwerte und eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Wirtschaft herbeizuführen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft setzt dem Veruche, den gesetzlichen Mißstand entgegen zu beseitigen, nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegen, in der Gewißheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Achtstundentages eine ausreichende Produktion möglich ist. Soweit Ueberarbeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifmäßige Vereinbarungen zu treffen. Gegen wirtschaftliche und soziale Diktatur werden sie jedoch die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf aufrufen. Ferner fordert die Entschließung sofortige Maßnahmen gegen die Lebensmittelpnot und ermächtigt die organisierte Arbeiterschaft zur Besonnenheit und Einigkeit und Disziplin.

Weimar, 17. Okt. (Das neue sozialistische kommunistische Ministerium in Thüringen.)

In der gestrigen Sitzung des Thüringischen Landtages, zu der zahlreiche Vertreter der auswärtigen Presse, ein Vertreter der Humante aus Paris, sowie Vertreter aus Sowjetrußland erschienen waren, wurde die vorgeschlagene Ministerliste mit 28 gegen 24 Stimmen der nichtsozialistischen Parteien angenommen. Die Ministerien sind demnach wie folgt besetzt: Inneres: Staatsminister Hermann (Soz.), Finanzen: Staatsminister Hartmann (Soz.), Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Korfch (Komm.), Volksbildung: Staatsminister Breil (Soz.), Wirtschaft: Landtagsabgeordneter Tenner (Komm.). Ein Antrag der WSPD und der KPD auf Neugliederung der Landesregierung, wonach ein weiteres Ministerium und zwar für Auswärtiges geschaffen werden soll, dem der Staatsminister Frölich zugleich als Ministerpräsident vorsehen soll, wurde von der gleichen Mehrheit angenommen. In der heutigen Landtagsitzung wird die neue Regierung eine Erklärung abgeben.

Frankreich.

Paris, 18. Oktober. (Die Unterhandlungen von Hösch mit Poincaré.) In der gestrigen Unterredung des deutschen Botschafters von Hösch mit Poincaré dürften dem Ministerpräsidenten keine bestimmten Vorschläge von der Berliner Regierung gemacht worden sein. Hösch kam in der Hauptsache auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands bezüglich der Materiallieferungen zu sprechen. Poincaré hat erwidert, es sei Aufgabe des Reiches für die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiete Sorge zu tragen. Die Reichsregierung werde sich später an die Reparationskommission wenden. Man vermede in hiesigen Kreisen, die Tragweite der stattgefundenen Besprechungen zu überschätzen und betrachtet sie lediglich als einen Annäherungsversuch seitens der Berliner Regierung, der indessen zu keinem neuen Resultat geführt hat. Von Hösch übergab, als er sich von ihm verabschiedete, Herrn Poincaré eine Mitteilung über die Materiallieferungen und die Anweisungen, die Deutschland den Beamten im Ruhrgebiete zu erteilen beabsichtigt. Diese Schriftstücke werden zurzeit von den zuständigen Stellen am Quai de D'Oray durchgearbeitet.

Türkei.

Angora, 16. Okt. (Der Aufbau der Türkei.) Die türkische Regierung hat in der Kriegszeit von der von Angora bis Sinops zu bauenden Eisenbahnstrecke bis jetzt bereits 116 Kilometer fertiggestellt. Angesichts der großen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die die Türkei während der langen Kriegsjahre feststellen, hat die Türkei ein Werk vollbracht, das den starken Willen der Türkei, schnellste und produktivste Wiederaufbauarbeit zu leisten, zum Ausdruck bringt, ganz abgesehen von dem großen Eindruck, den diese Tatsache im Auslande machen wird. Das Vertrauen der Welt in die Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Türkei wird eine neuerliche Festigung erfahren haben.

Konstantinopel, 16. Okt. (Die Reorganisation der türkischen Flotte.) Aus Angora wird gemeldet: Die parlamentarischen Verhandlungen betr. die Reorganisation der türkischen Flotte werden in der türkischen Nationalversammlung lebhaft geführt. Das Marine-Programm der Sachverständigen wurde von der Nationalversammlung angenommen. Danach würde die Türkei, die über sehr große Küsten verfügt, vor allen Dingen eine leichte Kriegsstotte zu bauen haben. Augenblicklich ist man mit der gründlichen Wiederherstellung der bestehenden türkischen Flotte beschäftigt. Die Nationalversammlung hat zur Durchführung des Marineprojektes ihre volle Unterstützung zugesichert. In dem Projekt wird auch vorgesehen, daß die Türkei eine starke Hochseeflotte zu bauen hat.

Unruhen.

Ruhe in Leipzig. — Ausschreitungen in Plauen. Leipzig, 18. Oktober. Der Mittwoch ist in Leipzig ohne Zwischenfälle verlaufen. Kleine Ansammlungen, die sich im Laufe des Vormittags auf dem Roggplatz, in der Nähe der Zentralmarkthalle gebildet hatten, lösten sich später restlos auf. Der Nachmittag ist vollkommen ruhig verlaufen. — In Plauen im Vogtlande ist es im Laufe des gestrigen Nachmittags zu Unruhen gekommen. Die Polizei mußte verschiedentlich die Straßen mit den Gummiknüppeln säubern, wobei es verschiedene Verletzungen gab. Auch Verhaftungen wurden vorgenommen. Eine große Anzahl von Bäckereien wurden von der Menge geplündert. Die Bäckereierinnung macht in einer Mitteilung an das Polizeiamt darauf aufmerksam, daß bei einer Fortdauer der Plünderung sie sich gezwungen sehe, keinerlei Backwaren mehr herzustellen.

Die schöne Kalifornierin.

Roman von S. Couris-Mahler. Nachdruck verboten. Er konnte und wollte das nicht glauben, denn immer wieder sah er Gladys' tränenüberströmtes Gesicht vor sich, ihre zuckenden Lippen und die traurigen Augen. So lag er in die widerstrebendsten Gefühle verfunken, als es leise an seine Tür klopfte. Erst als das Klopfen sich wiederholte, raffte er sich auf und öffnete leise. Betreten trat er zurück, als er seine Schwester vor sich sah. „Du, Rose Marie?“ Sie glaute ihren Bruder in seinem Schlummerstunde gesäubert zu haben und sagte lächelnd: „Ich habe zweimal geklopft, Hans.“ Er lachte sich reich. „Aberdings, ich hatte mich etwas hingelegt; verzeih, daß ich dein Klopfen überhörte! Aber was führt dich zu so ungewöhnlicher Zeit zu mir, Rose Marie?“ Ein Aufstog von Gladys. Er zuckte zusammen und wandte sich ab. „Von Miß Forest?“ fragte er noch einmal, und es klang wie erkaunter Zweifel aus seiner Stimme. „Ja, sie gab mir diesen Brief für dich und bat mich, ihn dir selbst zu überbringen, da es sich um eine wichtige geschäftliche Angelegenheit handelte. Sie mußte nämlich abreisen.“ „Abreisen? Sie ist fort?“ fragte er fast atemlos. „Ja, auf ihre Hacienda in San Mateo, ihr Väterchen hat sie telegraphisch rufen lassen. Wie mir schien, handelt es sich um sehr ärgerliche Nachrichten, denn Gladys sah sehr blaß und verstimmt aus. Also, hier ist der Brief, Hans; ich muß gleich wieder heimfahren, da dich bald kommen wird.“ Rose Marie ahnte nicht, was in ihrem Bruder vorlag. Er stand vor ihr, und seine Hand, die Gladys' Brief gelehrt hatte, ruhte auf ihrer Schulter, wieder heimzukommen, achrete sie nicht darauf. „Du kommst doch auch heute abend,“ bat sie, ihm zum Abschied die Hand reichend. „Es kommt darauf an, was dieser Brief enthält; es mag auch nicht bestimmt auf mich“, sagte er ausweichend. „Aber, wenn du Zeit hast, dann kommst du?“ bat sie noch einmal. „Ja, dann komme ich, Rose Marie.“ Derzliche küßte sie ihn zum Abschied und eilte hinaus.

Neuer Zusammenstoß in Mannheim. Mannheim, 17. Oktober. Nachdem bei den Unruhen am Montag ein Polizeiwachmeister und ein Demonstrant durch Geschossen getötet worden sind, ist es am Dienstag abend wiederum zu größeren Ansammlungen gekommen. Auch diesmal wurde wieder aus der Menge auf die Polizeibeamten geschossen, die dann ebenfalls von der Waffe Gebrauch machen mußten. Es wurde eine Person getötet. Zu neuen Plünderungen ist es nicht mehr gekommen.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Schwere Plünderungen in Gelsenkirchen. Gelsenkirchen, 15. Oktober. In einzelnen Stadtteilen Gelsenkirchens kam es vorgestern zu schweren Plünderungen. Die Arbeitsruhe in allen industriellen Anlagen und im Bergbau hatte eine ungeheure Menschenmenge nach dem Innern der Stadt gebracht. Es wurde zweifelsfrei festgestellt, daß auch viele auswärtige Elemente mit Knüppeln usw. bewaffnet, sich in den Straßen befanden. Um 10 Uhr vormittags begann die Plünderung des Lebensmittelmarktes im Stadtteil Scholke, der nach wenigen Minuten völlig ausgeräumt war. Auch die von den Händlern vereinnahmten Gelder wurden mitgenommen. Dann zog die Menge durch die Scholkestraße, wo die dort liegenden großen Lebensmittelgeschäfte dem gleichen Schicksal verfielen. Zu gleicher Zeit begannen die Plünderungen in den Stadtteilen Neustadt und Uckendorf, wo in der Hauptsache Metzgereien und Kolonialwarengeschäfte ausgeplündert wurden. Die Polizei, wie auch die Franzosen, die in ihren Quartieren alarmbereit lagen, griffen nicht ein. Auch in den Nachmittagsstunden kam es noch zu Plünderungen, obwohl die Geschäfte geschlossen waren. Den Wirtshäusern war es verboten worden, Alkohol auszugeben. Gegen Abend griff die Polizei mit stärksten Mitteln ein, um die Vorplätze zum Polizeipräsidium zu säubern.

Verbot einer Separatistenversammlung durch die Franzosen. Essen, 15. Oktober. Die Separatisten wollten auch hier eine Versammlung abhalten, um Stellung zur neuen Lage zu nehmen. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen diese Versammlung verboten haben.

Die Kohlenlieferungen nach Holland. Essen, 15. Oktober. Die Franzosen hatten den Zechen, die für Holland lieferten, seit 14 Tagen den Abtransport dadurch unmöglich gemacht, daß sie den Zechen die notwendigen Steine nicht freigegeben. Heute ist eine neue Verabbarung der französischen Kohlenregie eingetroffen, nach der die Steine wieder freigegeben werden müssen.

Heute Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet. Essen, 17. Oktober. Der Tag meldet, daß die Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden und der deutschen Postbehörde zu einem Ergebnis geführt haben und daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit für morgen gerechnet werden kann. Vor einiger Zeit soll die Postverwaltung schon Vorbereitungen getroffen haben, um eine Verkehrs-wiederaufnahme, sobald die Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden zu einem Ergebnis geführt haben, zu ermöglichen. Es steht also fest, daß in den nächsten Tagen der Postbetrieb wieder aufgenommen werden dürfte.

Aus aller Welt. Warschau. (Große Explosion in der Zitabelle.) Am Sonnabend früh explodierte in der Warschauer Zitabelle das Pulvermagazin Nr. 5. Das Gebäude stieg vollständig in die Luft. Bis mittag waren 28 Tote und über 150 Schwerverwundete festgestellt. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Explosion auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen ist. Die Opfer der Explosion sind meist Arbeiter und Arbeiterinnen, die in dem Pulvermagazin beschäftigt waren. In der ganzen Umgebung und in der Stadt sind die Fenster Scheiben zertrümmert worden. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß große Mauersteine über die an dieser Stelle sehr breite Weichsel geschleudert wurden. Es wird behauptet, daß die Sprengung auf ein kommunistisches Attentat zurückzuführen ist. In dem in die Luft geflogenen Magazin befanden sich außer Pulvervorräten bedeutende Mengen von Geschossen. Das Infanterieregiment, das sonst auf der Zitabelle stationiert

ist, weilt gegenwärtig im Mandover. Dadurch war der Anschlag erleichtert worden. Moskau, 15. Oktober. (Ein Heuschrecken- (Schwarm.) In der Gegend von Samara vernichteten Heuschrecken 700 Tausend Desjatinen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Reputation der Papiermark nimmt erschreckende Formen an. Die Lebensmittelversorgung der Städte erscheint mehr und mehr im höchsten Maße gefährdet. Man wird dem einzelnen Landwirtschäftlichen Produzenten mit Nachdruck harmachen müssen, daß er nicht das Recht hat, für sich allein das immer noch gesetzliche Zahlungsmittel zurückzuweisen und sich dadurch außerhalb des Volksganges und jenseits des allgemeinen Unglücks zu stellen. Das von Staatswegen ein ehrlisches Geld geschaffen werden muß, — und das ohne Verzug — ist selbstverständlich; aber jeder Deutsche muß gerade in diesen Tagen, so schwer es auch angeht, auch den Währungsfragen gegenüber die Disziplin bewahren, die uns allein vor fürchterlichen Katastrophen retten kann. Katastrophal genug ist die Lage. Am Mittwoch und Donnerstag trat erneut ein schwerer Marktkurz ein, der auch durch eine leichte Besserung am Freitag nur wenig ausgeglichen werden konnte. Der Großhandelsindex erfuhr infolgedessen in der Einfuhr eine Steigerung um 260,1 Prozent gegenüber der Vorwoche, wobei es bemerkenswert ist, daß die Inlandsware sogar noch 3 Prozent mehr und die Industriestoffe sogar 9 Prozent darüber sich erhöhten. Die Lebensmittelpreise hielten sich etwas unter dem Durchschnitt, doch hat der Lebenshaltungindex gegenüber der Vorwoche eine Steigerung von 170 Prozent zu verzeichnen. Die neuerliche Erhöhung der Transporttarife muß sich selbstverständlich sofort in allen Wirtschaftszweigen auswirken, wobei leider nicht einmal die Gewähr geboten ist, daß die Reichsbahn durch diese Tarifierhöhungen ihr Defizit zu beseitigen vermag. Die Regierung hat dem Reichstag ein Nachtragsetat von 578 Billionen vorgelegt, in dem neben den notwendigen Summen für eine Brotverbilligungskaktion auch starke Zuschüsse für die staatlichen Verkehrsanstalten vorgesehen sind. Neben der Brotverbilligung macht sich die Kartoffelnot immer stärker fühlbar. Hier sind es Zwischenhandel und Transportspesen sowie die Risikoprämie für die fortschreitende Geldentwertung, die den Preis für das wichtigste Volksernährungsmittel zu einer unerträglichen Höhe heraufstreben. Der Teuerung für Kohlen sucht man durch die Beseitigung der Kohlensteuer und durch eine entsprechende Reduzierung des Goldgrundpreises Bügel anzulegen. Wird in den Bergwerken in absehbarer Zeit tatsächlich zu einer Steigerung der Produktion geschritten, so ist das die einzige Verbilligungskaktion, mit der durchschlagender Erfolg erzielt werden kann. Von dem im Ermächtigungsgesetz vorgesehenen Notmaßnahmen, sind bisher nur die Aufwertung der Steuern und Ersparnismaßnahmen im öffentlichen Haushalt verordnet worden. Die Vermögenssteuer-Veranlagung und die Veranlagung für die Zwangsanleihe wird als unproduktiv eingestuft. — Die Effekten folgten im allgemeinen der Bewegung der ausländischen Zahlungsmittel, so daß in der Mitte der Woche eine neue Katastrophenhaufe eintrat, während zu Ende der Woche sich stärkere Zurückhaltung bemerkbar machte.

Herz — daß ich nicht bei dir sein kann, um diesen Kummer von dir zu nehmen.“ Noch einmal las er ihren Brief durch. Wie mußte sie geklitten haben! Und wie stark mußte ihr Vertrauen zu ihm sein, daß sie ihm rückhaltslos den Brief ihres Vaters auslieferte. Oh, sie sollte sich nicht in ihm gefügt haben — die Schuld ihres Vaters blieb ein Geheimnis zwischen ihr und ihm. Und diese Schuld sollte gesühnt werden — durch ihre Liebe. Er sprang auf und sah nach der Uhr. Dann steckte er ohne langes Besinnen die Briefe zu sich und eilte nach Gladys Forests Hause. Er fand Miß Clara und Rose-Marie zusammen im Wohnzimmer. „Ist Dick noch nicht hier, Rose-Marie?“ fragte er hastig, nachdem er die beiden Damen begrüßt hatte. Sie sah ihn erkannt an, weil er sehr erregt schien. „Nein, Dick hat telephoniert, daß er noch eine geschäftliche Abhaltung hat. Um sieben Uhr will er aber bestimmt hier sein. Was willst du von ihm?“ „Auch etwas Geschäftliches, Rose-Marie. — Weißt du nicht, wo Dick jetzt zu erreichen ist?“ „Nein, das hat er mir nicht mitgeteilt.“ „Aber vielleicht wissen es seine Eltern?“ „Möglich! Rufe doch an.“ Hans ging zum Telephon und klingelte bei Garrings an. Nur Miß Forest Garring war zu Hause und teilte ihm mit, ihr Vater sei im Klub, und Dick habe sich nach Geschäftsbesuch noch nicht bei ihr gesehen lassen. Hans dankte ihr für die Auskunft. Es half nichts, er mußte warten, bis Dick kam. Damit mußte er die schwache Hoffnung aufgeben, Gladys heute abend noch folgen zu können. — Endlich hörte er Dicks Auto vorfahren. Er sprang auf. „Du mußt deine Sehnsucht nach Dick noch eine Weile bezähmen, Rose-Marie, ich muß ihn unbedingt erst mit meiner Angelegenheit belästigen.“ Rose-Marie nickte lächelnd. „Natürlich, Hans, das Geschäft geht vor, das habe ich mir als Gattin eines Geschäftsmannes einzuprägen. Aber macht es möglichst kurz — ich habe heute dich noch nicht gesehen.“ „So kurz als möglich — nur wenige Minuten Geduld, Rose-Marie!“ „Damit eilte er hinaus.“ Fortsetzung folgt.

Neue Index-Ziffern.

Stand der Goldmark. (Berechnet nach dem amtlichen Mittelkurs für Auszahlung New York.)

	Geldkurs	Mittelkurs	Briefkurs
15. Oktober 1923	893 000 000	895 238 895	897 176 190
16. " "	973 750 000	875 690 426	978 620 952
17. " "	1 306 250 000	1 300 852 309	1 312 796 190

Deutsche Arzneitaxe. Die Schlüsselzahl der deutschen Arzneitaxe im Sinne der Ziffer I B wird auf 9,6 Millionen für Arzneimittel und Gefäße, im besetzten Gebiet auf 12,9 Millionen festgesetzt. Die Schlüsselzahlen für Arbeitsvergütungen bleiben unverändert.

Weißwarenbranche. Der Verband konfektionierter Weißwaren, Mäntel, Kinderhüte und verwandter Artikel, der Verband Deutscher Damenwäschefabrikanten, sowie der Verband Deutscher Schürzen, Unterrock- u. d. Kinderkleiderfabrikanten haben nach dem „Konfektionär“ für die Woche vom 11. bis 20. Oktober folgende Zuschläge festgesetzt: (get.) 1. bis 8. April 6 712 033 %; 1. bis 6. Mai 4 889 287 %; 4. bis 10. Juni 2 211 501 %, bis 30. Juni 1 050 101 %; auf Grund des Materialpreisvorbehalts vom 1. Januar bez. 15. April.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für den Novemberpostbezugspreis auf 3300 festgesetzt. Die Buchhändler-Schlüsselzahl beträgt am 16. Oktober unverändert 1 100 000 000 Millionen.

Sächsischer Lebenshaltungsindez. Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes. Nach den Preisfeststellungen vom 15. Oktober 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 645 000 000. Gesamtindex ohne Bekleidung = 556 000 000. Am 8. Oktober 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 102 377 000 und ohne Bekleidungskosten 87 023 000. Vom 8. bis 15. Oktober sind mithin die Preise der bei der Teuerungstatistik berücksichtigten Güter um 529,9 bzw. 539,1 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 15. Oktober 1923 29 000 000.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes in Berlin für den 15. Oktober auf das 691,9 millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1) beträgt somit 534 v. H.

Das Niveau der Großhandelsziffer hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des

statistischen Reichsamtes um 255,4 v. H. auf das 1,093 millionenfache des Vorkriegsstandes gehoben.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden vom 15. Oktober.

Stückzahl	Werkklassen	Preise für 1 Pfd. in Mark für Lebendgew.
30 I.	Rinder. A. Ochsen: 1. Vollfleisch, ausgem. höchst. Schlachtwerte bis zu 6 Jahren	300 000 000
	2. Junge fleischige, nicht ausgem., ältere ausgem.	270 000 000
	3. Mäßig genährte junge, gut genährte ältere	240 000 000
	4. Gering genährte jeden Alters	190 000 000
22	B. Bullen: 1. Vollfleischige ausgewachsene höchst. Schlachtwerte	300 000 000
	2. Vollfleischige, jüngere	270 000 000
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	240 000 000
	4. Gering genährte	190 000 000
74	C. Kalben und Kühe Vollfleisch, ausgemäst.	300 000 000
	1. Kalben höchsten Schlachtwertes	300 000 000
	2. Vollfleischige, ausgemäst. Kühe höchst. Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	270 000 000
	3. Ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	250 000 000
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	200 000 000
	5. Dänische Weiderinder	150 000 000
100 II.	Kälber. 1. Doppelpender	270 000 000
	2. Beste Mast- und Saugkälber	250 000 000
	3. Mittlere Mast- und gute Saugkälber	220 000 000
	4. Geringe Kälber	200 000 000
136 III.	Schafe. 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	210 000 000
	2. Beste Mast- und Sauglamm	110 000 000
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe	70 000 000
	4. Holsteiner Weidehammel	160-300 000 000
131 IV.	Schweine. 1. Vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzung, im Alter bis zu 1 1/2 Jahre	380 000 000
	2. Fettschweine	400 000 000
	3. Fleischtücher	380 000 000
	4. Eusl. Fettschweine	250 000 000
	5. Sauen und Eber	70 000 000

Ausnahmepreise über Notiz.

Vorausichtige Witterung.

Sonnabend: Wolkig, zeitweise aufheiternd, stellenweise etwas Regen, etwas milde. — Sonntag: Nebel, wolkig, nachher aufheiternd, ohne nennenswerte Niederschläge, kühl, teilweise Nachtfrost. — Montag: Teilweise heiter, vorwiegend trocken, Nachtfrost, tagsüber milde.

Neueste Meldungen.

Der „Vorwärts“ zur Lage in Sachsen. Berlin, 18. Okt. Ueber die Vorgänge in Sachsen schreibt der „Vorwärts“: Die Stunde fordert eine offene Sprache. Es ist

kein Geheimnis, daß es in der sozialdemokratischen Partei zweierlei Meinungen gibt. Aber es herrscht nur eine Meinung darüber, daß es die bürgerlichen Parteien waren, die den Kommunisten zu wachsendem Einfluß verholfen. Die Kommunisten bekamen sich unter dem Druck der Massen zum Ministerialismus und so kam es zu ihrem Eintritt in die Regierung. Es war bedenklich, aber es konnte nach Lage der Dinge kaum vermieden werden. Die sächsische Regierung kennt grundsätzlich die Reichsautorität an. Sie bekennt sich zur Pflicht, die Einheit zu schützen und die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Von Hösch's Zusammenkunft mit Poincaré.

Paris, 18. Okt. Die deutsche Regierung hat in der gestrigen Note, die Herr v. Hösch Herrn Poincaré überreicht hat, mitgeteilt, daß sie alle Maßnahmen getroffen hat, um den passiven Widerstand restlos einzustellen. Alle sich darauf beziehenden Verordnungen der deutschen Regierung werden in der Note wörtlich aufgeführt, insbesondere auch die Verfügung an die Eisenbahnen. Es fehlt auch nicht an Einzelheiten. So wird ausführlich begründet, weshalb an die Eisenbahnen in der Pfalz noch weitere Lohnzuschüsse gezahlt worden sind, namentlich lediglich aus technischen Gründen, weil die Auszahlung schon im Gange war, als die Verfügung zur völligen Einstellung des passiven Widerstandes von Berlin aus ergangen war. Auch der Frage der Herabsetzung der Kohlensteuer und die Gründe, die dafür maßgebend waren, sucht die Note klar zu machen. Bezüglich der Kohlensteuer wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Kohlenpreise weit über dem Weltmarktpreis liegen und daß die Regierung deshalb auf die Kohlensteuer verzichtete, worauf die Besenbesitzer in eine Herabsetzung der Kohlenpreise einwilligten und die deutsche Arbeitererschaft sich mit der Ausdehnung der Arbeitszeit einverstanden erklärt hatte.

Dollar 17./10. 23. 5 500 000 000 (amtlich.)
18./10. 23. 8 180 400 000 (amtlich.)

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz.

Sonntag, den 21. Oktober, 21. nach Trinit. Jahresfest des Pulsniger Gustav Adolf-Zweigvereins: 9 Uhr Festgottesdienst Predigt: Pfarrer Gottlieb aus Wadenbach. 1/3 Uhr Festkindergottesdienst: Pfarrer Claus aus Wallroba. 1/5 Uhr Nachversammlung in der Kirche. Ansprachen: Pfarrer Gottlieb u. Claus. Kollekte für die Arbeit des Gustav Adolf-Vereins

Jünglingsverein: Teilnahme am Gustav Adolf-Fest und Donnerstag 1/9 Uhr Bibelstunde. Dienstag, den 23. Oktober 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer. Mittwoch, den 24. Oktober, 6 Uhr Singstunde des Kindergottesdienstes.

Dhorm:

Sonntag, den 21. Oktober, 21. n. Trin.: Der Kindergottesdienst stellt um 1/2 Uhr am Besaal zum gemeinsamen Besuch des Gustav Adolf-Kindergottesdienstes in Pulsnitz. Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr in der Schule Bibelstunde.

Die neuen Postgebühren.

Ab 20. Oktober.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 20. Oktober an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten (in Millionen Mark) folgende:

Postarten	Preis	Postarten	Preis
Postkarten	ab. 100 bis 250 . . . 10	Postanweisungen	bis 5000 Mill. . . 15
im Ortsverkehr . . . 2	ab. 250 „ 500 Gr. . . 12	bis 10000 „ . . . 20	
im Fernverkehr . . . 4	500 „ 1 Rgr. . . 15	„ 20000 „ . . . 40	
Briefe im Ortsverkehr	Geschäftspapiere u. Mitteilungen		
bis 20 Gr. . . 4	bis 250 Gr. . . 10		
ab. 20 bis 100 Gr. . . 6	ab. 250 bis 500 Gr. . . 12		
100 „ 250 „ . . 10	500 „ 1 Rgr. . . 15		
250 „ 500 „ . . 12	Warenproben		
im Fernverkehr	bis 100 Gr. . . 6		
bis 20 Gr. . . 10	ab. 100 bis 250 Gr. . . 10		
ab. 20 bis 100 Gr. . . 14	250 „ 500 „ . . 12		
100 „ 250 „ . . 16	ab. 500 „ 1 Rgr. . . 15		
250 „ 500 „ . . 18	Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.		
Drucksachen	Büchlein bis 1 Rgr. . . 20		
bis 25 Gr. . . 2	bis 5000 Mill. . . 15		
ab. 25 bis 50 Gr. . . 4	10000 „ . . . 20		
50 „ 100 „ . . 6	20000 „ . . . 40		
Postanweisungen	bis 20000 Mill. . . 10		
bis 100 Mill. . . 3	unbeschränkt		
500 „ . . . 6	Für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 5 Millionen Mark für eine Zahlkarte.		
1000 Mill. . . 10			
Zahlkarten			
bis 100 Mill. . . 1			
500 „ . . . 2			
1000 „ . . . 3			
5000 „ . . . 4			
10000 „ . . . 5			
Pakete			
bis 3 Kilogramm	1. Zone (bis 75 Km.)	2. Zone (über 75 bis 375 Km.)	3. Zone (über 375 Km.)
über 3 bis 5 Kilogramm	25	50	50
5 „ 6 „	35	70	70
6 „ 7 „	40	80	120
7 „ 8 „	45	90	135
8 „ 9 „	50	100	150
9 „ 10 „	55	110	165
usw.	60	120	180
19 „ 20 „	160	320	480
Zeitungsapakete bis 5 Kilogr.	15	30	30
Auslandsgebühren.			
Postkarten	nach Ungarn und der Tschechoslowakei . . . 18		
Briefe bis 20 Gramm	für je weitere 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogr.) nach Ungarn und der Tschechoslowakei bis 20 Gr. für je weitere 20 Gramm . . . 15		
Drucksachen je 50 Gramm	6		
Geschäftspapiere je 50 Gramm	mindestens . . . 6		
Warenproben je 50 Gramm	mindestens . . . 12		
Postanweisungsgebühr bis 3000 Millionen	über 3000 bis 6000 Millionen . . . 60		
jede weiteren 6000 Millionen	jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 6000 Millionen . . . 60		

Offerierte billigst ab Lager

Sächsischer Hof

Roggenkleie	Amm. Sulf. Salp. 27 %	Chlorkali 54 %
Trockenschnitzel	Kalkstickstoff 18 %	Kalisalz 42 %
Palmkernschrot	Ammon.-Superph. 8/9%	Kaifit 15 %
Weizennachmehl	Knochenmehl 1/30 %	Viehsalz
zur Schweinemast und Backzwecken	Kali Amm. Super 5/8/5%	Dürenb. Speisesalz

Gleichzeitig brings mich in empfehlende Erinnerung bei **An- und Verkauf von Getreide aller Art** zu den jeweiligen Tagespreisen.

Gustav Bombach Telefon 64 Amt: Pulsnitz

Pulsnitz Schützenhaus.

Sonnabend, den 20. Oktbr. abends 8 Uhr Gastspiel des **Leipziger Battenbergtheater-Ensembles**

Der Schläger der Saison
Mag auch die Liebe weinen.
Schauspiel in 3 Akten.

Vorverkauf bei Herrn Arth. Greubig u. im Schützenhaus

Zu verkaufen

Gebr. Fahrrad
fast wie neu, zu verkaufen.
Zu erf. Wochenbl.-Gesch.

Notgemeinschaft

3. Quittung

Kaufmann Wilh Greubig	25 Pfund Reis
M. W.	300.000.000.-
Firma M. Freudenberg	500.000.000.-
G. R.	100.000.000.-
A. E. Hauße	10 Ztr. Briketts
v. Hellendorff	23 rm Reisig
v. Hellendorff	11 rm Stockholz
Beamte des Amtsgerichts	200.000.000.-
Personal des Postamts	330.000.000.-
Ratsbeamte und Angestellte	750.000.000.-

Wanzen! Flöhe! Ungeziefer!
tötet radikal „Discret“. Zu hab. bei **Max Jentsch, Centr.-Drog.**

Spül-Apparate

Spülkannen, Clysos, Schläuche, Vorfalbinden, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Frauentropfen. (Damenbedienung durch meine Frau).

W. Heusinger, Dresden.
1. Geschäft: Am See 37, nächst Hauptbahnhof.
2. Geschäft: Jüdenhof 3, nächst Altmarkt u. Neumarkt.

Stellen-Angebote

Beitragsträger
für Oberlichtenau - Niedersteina

ab 31. Oktober gesucht.
Lohnender Nebenverdienst

Zu melden in der Wochenblatt-Geschäftsstelle oder bei den jeweiligen Zeitungsstellen.

Besuchskarten
fertigen sauber
E.L. Försters Erben

Hausmädchen
gesucht. Zu erfragen in der Wochenblatt-Geschäftsstelle.

Stellengesuche

Tüchtiger Bäckerhilfe,
Ende 20er, sucht sof. Stellung.
W. Udr. u. E. R. an die Gesch.-Stelle bis. Bl. erbeten.

!!Sommersprossen!!
Ein einfaches wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit.
Fr. M. Poloni, Hannover E38.
Schließfach 106.

Hôtel Schützenhaus

Sonntag, von 5 Uhr an

feiner Ball

Es ladet freundlichst ein
Alwin Höntsch.

Gasthof Pulsnitz M. S.

Sonntag, 7. Oktober, von 4 Uhr an:
Feiner öffentlicher Ball!

Terpsichore.

Sonnabend, den 20. Oktober 1923 findet im **Hôtel Kaufe, Großröhrsdorf**
Walzer-Abend
statt. — Beginn 1/8 Uhr. — Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen
d. V.

Meyer's Hand-Lexikon
des allgemeinen Wissens
sechste Auflage vom Jahre 1912 zum billigen Preise von **M 400 Millionen** zu verkaufen.
Geschäftsstelle des Pulsniger Wochenbl.

Rechnu zu ent
aufford nachste
ber 192 unter 4 Steuern und B
Grund demigt war b
d. i. d. maßgeb abgeschl
Januar Februar März April Mai Juni Juli August September Oktober November Dezember
Das neu worde Die Vert gester jamme Seitens umfan werbs Der deut an B rick. Gener gester Im jächr ferpr Alle kaat dem 2 Auf dem wurde Reichshar gen in Die Gebü am 20 kofet Elf neue und el Un der h soft, l Somm Geh. Rat Wffiter am M Die gried ein ne